

Positionspapier zu finanziellen Kürzungen im Hochschulbereich

Die anhaltenden und geplanten Kürzungen in Hochschule und Forschung verschärfen eine bereits seit Jahren unzureichende Grundfinanzierung, sowohl die Personalstellen, als auch Ausstattung betreffend, und schwächen die demokratische Verfasstheit der Hochschulen; sie erhöhen insbesondere den Druck auf Geistes- und Sozialwissenschaften und gefährden offene Diskursräume.

In der tiefgreifenden gesellschaftlichen Krise – ökonomisch, politisch und sozial – tritt offen zu Tage, dass der neoliberale Dreiklang aus Privatisierung, Demokratie- und Sozialstaatsabbau nicht nur keine Antwort auf die drängenden Probleme weltweit ist, sondern diese wesentlich hervorgebracht hat und sie mit jedem weiteren Schritt verschärft. Zur Ablenkung von der gemeinsamen Lösung dieser strukturellen, politischen wie sozial-ökonomischen Verwerfungen wird von oben auf noch mehr Neoliberalismus und einen Militarisierungsturbo gesetzt. Dagegen kann und muss von progressiver Seite ein tiefgreifender sozial-ökologischer und friedenspolitischer Richtungswechsel vorangetrieben werden, hin auf eine menschenwürdige Gesellschaft, in der alle Menschen die Lebensverhältnisse bewusst gestalten und ihre Persönlichkeit solidarisch entfalten können.

Bildung und Wissenschaft sind in diesem Sinne ein zentrales Feld gesellschaftlicher Auseinandersetzung: Der Kampf um die Wissenschaft ist der Kampf um die Deutung der aktuellen Krise als polit-ökonomische und kulturelle und damit überwindbare Krise. Der Kampf um die Bildung mündiger Persönlichkeiten ist der Kampf um das Begreifen der eigenen kollektiven, geschichtlichen Handlungsfähigkeit entgegen Vereinzelung und Passivierung. Kritische Wissenschaft und emanzipatorische Bildung können durch Aufklärung und Lösungserarbeitung, durch Solidarität und Geschichtsbewusstsein zum tiefgreifenden gesellschaftlichen Richtungswechsel erheblich beitragen. Dagegen wird herrschenderseits aktuell versucht, über die Kürzung der Finanzierung und die Militarisierung der Hochschulen und Forschungseinrichtungen einen Deckel drauf zu halten.

1. Ausgangspunkt: Grundausrüstung und Grundfinanzierung

Eine verlässliche, auskömmliche Grundfinanzierung ist die Voraussetzung dafür, dass Hochschulen ihren Kernaufgaben in Forschung, Lehre und Transfer nachkommen können, ohne in riskante Drittmittellogiken ausweichen zu müssen. Die derzeitige Lage der Hochschulfinanzierung mit dem singulären Fokus auf die Spitzenförderung, beispielsweise im Sinne der Exzellenzstrategie, kann nicht der Weg sein für die Ausfinanzierung der Hochschulen, sondern verschärft die Unterfinanzierung durch den Matthäus-Effekt und dient deren Legitimierung.

Der Wissenschaftsrat betont seit Langem, dass die öffentliche Grundfinanzierung zu gering ist und eine solide und verlässliche Ausstattung nötig wäre, um Handlungsfähigkeit und Qualität der Hochschulen zu sichern.

Aktuelle Kürzungspläne etwa im Wissenschaftsetat des Berliner Senats, stehen in direktem Widerspruch zu diesem Erfordernis. Wenn Hochschulverträge zugleich formell jährliche Budgetsteigerungen vorsehen, während faktisch bis zu 145 Millionen Euro im Jahr 2025 entzogen werden, wird die Verlässlichkeit der Finanzierungszusagen grundlegend ausgehöhlt.

Auch in Bayern zeigt sich, wie finanzielle Engpässe und Steuerungslogiken der Landespolitik zu einer schleichenden Reduktion und Zusammenlegung von Studiengängen führen. In der Praxis gehen kleinere, stärker spezialisierte Fächerprofile in breiteren Studienangeboten auf, Wahlmöglichkeiten werden eingeschränkt, und es entstehen „Sammelstudiengänge“, in denen ehemals eigenständige Fächer nur noch als Schwerpunkte oder Vertiefungsmodule vorkommen.

2. Verstetigung von Daueraufgaben und Sanierungsstau

Daueraufgaben in Lehre, Studium, Verwaltung, Studienberatung, Gleichstellung, Diversität, Digitalisierung und Infrastruktur lassen sich nicht dauerhaft über befristete Projekte und oder Drittmittel absichern. So werden aktuell lediglich prekäre Beschäftigung, hohe Fluktuation und eine strukturelle Überforderung an den Hochschulen produziert. Eine ausfinanzierte Haushaltsgrundlage muss daher Stellen und Sachmittel für Daueraufgaben entfristen und tarifgerechte Beschäftigung ermöglichen.

Gleichzeitig verschärfen Kürzungen den bereits bestehenden Sanierungsstau: Wenn zusätzlich zu konsumtiven Mitteln auch Investitionsmittel gekürzt werden, wie beispielsweise in Berlin, zerfällt die bauliche und technische Infrastruktur. Hochschulen werden so daran gehindert, Studien- und Arbeitsbedingungen zu schaffen, die dem Stand von Forschung, Digitalisierung und Inklusion entsprechen.

3. Hochschulverträge, Pakte und neue Sparlogiken

In mehreren Bundesländern werden die finanziellen Rahmenbedingungen derzeit über Hochschulverträge und -pakete neu verhandelt und dabei faktisch als Konsolidierungsinstrumente der Landeshaushalte genutzt. In Berlin regeln Hochschulverträge bis 2028 eigentlich jährliche Budgetsteigerungen von fünf Prozent, während der Senat parallel Kürzungen von über 100 Millionen Euro ankündigt. Neben den drastischen Kürzungen in den Instituten sowie weiteren Einrichtungen schafft dies Rechts- und Planungsunsicherheit und schwächt die Hochschulautonomie, wenn vertraglich zugesicherte Mittel einseitig relativiert werden.

Solche Vereinbarungen verschieben das Risiko der Haushaltskonsolidierung auf die Hochschulen und erschweren eine langfristige Personal- und Strukturplanung.

Diese Entwicklung ist Teil der gesellschaftlichen Auseinandersetzung zwischen Sozialstaat oder Rüstungsstaat. Die von der Bundesregierung beschlossene Unterwerfung unter das NATO-5%-Ziel würde bedeuten, die Hälfte des aktuellen Bundeshaushaltes für das Militär auszugeben. So könnte bspw. das gesamte Haushaltsloch der Universität Hamburg mit dem Geld gefüllt werden, das ein einziger Panzer kostet. Gleichzeitig soll über die politisch gewollte Unterfinanzierung der Druck auf Hochschulen, Forschungseinrichtungen und WissenschaftlerInnen erhöht werden, sich der Bundeswehr und Rüstungsindustrie anzudienen. In diesem Sinne geraten auch die Zivilklauseln unter Beschuss oder wird in Bayern gar zur Zusammenarbeit mit der Bundeswehr zu zwingen versucht. Dementgegen bekräftigen wir die Notwendigkeit der Zivilklauseln und Friedenswissenschaft und streiten für deren Ausbau an den Hochschulen. Der Kampf für die Ausfinanzierung der Hochschulen und Wissenschaft, für den Ausbau des Sozialstaats und gegen die Militarisierung sind zwei Seiten der selben Medaille.

4. Hochschulautonomie, Wissenschaftsfreiheit und Rechtsruck

Unterfinanzierung und Kürzungen sind hochschulpolitische Probleme. Wenn ein gesellschaftlicher Rechtsruck versucht, Wissenschaft entlang ideologischer Linien zu disziplinieren, steigt die Gefahr, dass Finanzentscheidungen als Hebel gegen missliebige Forschungsfelder genutzt werden.

Hochschulautonomie und Wissenschaftsfreiheit geraten in eine Schieflage, wenn die strukturelle Unterfinanzierung als Vorwand dient, kritische oder marginalisierte Perspektiven zurückzuschneiden.

Zugleich verstärken die stetigen Kürzungen die Ökonomisierung der Universitäten. Der dadurch erhöhte Effizienzdruck wirkt sich negativ auf die Qualität der Forschung und Lehre aus.

Offener wissenschaftlicher Diskurs braucht materielle Diskursräume: Lehrstühle, Seminare, Forschungsverbände, Arbeitsgruppen, Räume für Studierendenorganisationen und öffentliche Veranstaltungen. Wo unter finanziellem Druck die Zahl der Stellen sinkt, Lehrangebote verdichtet werden und ganze Bereiche zur Disposition stehen, werden diese Diskursräume enger – gerade in Fächern, die gesellschaftliche Machtverhältnisse reflektieren.

5. Gefährdung von kritischer Wissenschaft

Kritische Wissenschaft ist von Kürzungen in besonderem Maße betroffen, weil ihre Beiträge nicht primär in kurzfristig verwertbaren Wirtschaftsimpulsen gemessen werden. Kürzungen verschieben die Ressourcen zugunsten unmittelbar „verwertungsnaher“ Bereiche und modischer Forschungsrichtungen, während kritische Analyse von Demokratie, Ungleichheit, Geschlecht, Rassismus oder Rechtsextremismus marginalisiert wird. Forschung, die bestehendes Wissen selbst wissenschaftlich hinterfragt und so die Grenzen des Denkbaren erweitert, wird so systematisch der Boden entzogen. Damit werden die Selbstheilungskräfte der Wissenschaft behindert und letztendlich wissenschaftlicher Fortschritt selbst behindert. Kritisches Denken ist gerade in Zeiten autoritärer Verschiebungen im politischen Diskurs essentiell für eine starke demokratische Gesellschaft.

Ein Beispiel bietet die Geschlechterforschung in Göttingen: Das Fach Gender Studies ist dort als eigenständiger Bachelor- und Masterstudiengang verankert, der interdisziplinär Geschlechterverhältnisse, Macht, Herrschaft, Körper, Arbeit, Sprache und Kultur untersucht. Angesichts politischer Angriffe auf die Gender Studies und wachsender Ressentiments gegenüber Gleichstellungs- und Diversitätsarbeit wird deutlich, dass finanzielle Engpässe schnell in Forderungen nach Abbau solcher Studienangebote münden können – auch wenn sie formal noch bestehen.

6. Demokratische Hochschule und schrumpfende Diskursräume

Hochschulen tragen maßgeblich zur demokratischen Kultur bei: Sie sind Orte, an denen Konflikte ausgetragen, Argumente geprüft und gesellschaftliche Alternativen entwickelt werden. Diese Funktion setzt voraus, dass Wissenschaftler:innen, Studierende und Beschäftigte über reale Mitbestimmungs- und Gestaltungsmöglichkeiten verfügen, die nicht durch permanente Sparzwänge entwertet werden.

Diskursmacht hängt in der Wissenschaft häufig an der Besetzung von Stellen und der finanziellen Ausstattung von Fächern und Projekten. Der Diskurs braucht Wissenschaftler*innen, die Zeit für Forschung UND Lehre haben, Studierende, deren Studium nicht durch die Anhäufung von ECTS geprägt ist und Räumlichkeiten, die nicht komplett marode sind. Wenn unter fiskalischem Druck einzelne Bereiche, etwa kritische Migrationsforschung, Rassismusforschung, Gender Studies, politische Bildung oder Demokratieforschung geschwächt oder in Konkurrenz gegeneinander gesetzt werden, verkleinert sich der Raum für pluralen, streitbaren Diskurs. Die aktuellen hochschulpolitischen Ereignisse rund um die Kürzungen des Wissenschaftsbetriebes stellen damit eine strukturelle Gefahr für einen kritischen Diskurs und demokratische Prozesse dar.

7. Forderungen des Bundes demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler

Ausfinanzierte Grundausstattung: Sofortige Sicherung und mittelfristige Erhöhung der Grundmittel der Hochschulen, Rücknahme der angekündigten und laufenden Kürzungen beispielsweise in Berlin und

Hessen, sowie eine bundesweite Absage an „Konsolidierungsbeiträge“ zulasten der Hochschulen; vertraglich verbindliche, verlässliche Aufwüchse, die mindestens die Kostensteigerungen ausgleichen.

Verstetigung von Daueraufgaben: Entfristung von Stellen für Daueraufgaben in Lehre, Verwaltung, Gleichstellung, Beratung und Infrastruktur; keine Auslagerung von Kernaufgaben in Drittmittelprojekte oder Sparinstrumente der Landeshaushalte.

- Stärkung von Hochschulautonomie und Wissenschaftsfreiheit: Kündigung der Praxis, Hochschulverträge als Sparinstrumente zu missbrauchen; rechtlich abgesicherte Garantie, dass zugesagte Mittel nicht einseitig gekürzt werden; explizite Absicherung angegriffener Bereiche wie Gender Studies und anderer kritischer Geistes- und Sozialwissenschaften.
- Abbau des Sanierungsstaus: Programm zum gezielten Ausbau und zur Sanierung von Hochschulgebäuden, Laboren, Bibliotheken und digitalen Infrastrukturen, das Investitionsmittel verlässlich bereitstellt und nicht durch pauschale Sparauflagen unterlaufen wird.
- Erhalt fachlicher Vielfalt statt erzwungener Zusammenlegung: Stopp der politisch induzierten Studiengangszusammenlegungen unter dem Deckmantel der Profilbildung; Sicherung kleiner und spezialisierter Fächer insbesondere in den Geistes- und Sozialwissenschaften, damit diese nicht in Sammelstudiengängen aufgehen.
- Demokratische Hochschule sichern: Stärkung von Mitbestimmungsrechten, Finanzierung von Diskursräumen, explizite Förderung geistes- und sozialwissenschaftlicher Fächer als Grundlage der demokratischen Verfasstheit.

Diese Schritte sind notwendig, um die Handlungsfähigkeit der Hochschulen wiederherzustellen und zu verhindern, dass finanzielle Kürzungen, strukturelle Zusammenlegungen und Profilpolitiken zum Hebel für Demokratieabbau und Einschränkung von Wissenschaftsfreiheit werden.